

20. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 12.02.2014	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:54 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	
Dirksen, Dieter	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Kleen, Holger		
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Siebels, Wiard	SPD
----------------	-----

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.01.2014 |
| 5. | 4. Beratung Haushalt 2014 |
| 6. | Anfragen |
| 7. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 8. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.00 Uhr die 20. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse, die Besucher und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.01.2014**

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Finanzausschusses vom 21.01.2014 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **4. Beratung Haushalt 2014**

Frau Saathoff erläuterte, dass in der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 21.01.2014 der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2014 verteilt worden sei. In den aktuellen Unterlagen (Anlage 1 bis Anlage 10) seien jetzt die aktuellen Zahlen enthalten.

Das Gesamtergebnis habe sich gegenüber dem ersten Entwurf von rd. 13,5 Mio. € auf jetzt rd. 10,2 Mio. € Überschuss verschlechtert.

In dem aktuellen Entwurf seien Haushaltsmittel in Höhe von 3 Mio. € für den Strukturfonds an die kreisangehörigen Gemeinden und Städte eingeplant worden. Außerdem hätten in dem ersten Entwurf noch Haushaltsmittel für die Zinsbeihilfe und Stipendien an der UEK in Höhe von 330.000 € gefehlt. Diese seien jetzt ebenfalls eingeplant worden.

Frau Saathoff merkte an, dass davon auszugehen sei, dass sich die gute Ertragssituation in den nächsten Jahren nicht in dieser Form fortsetzen werde. Dieses sei auch an der Fortschreibung des Finanzplanes für die Jahre 2015 bis 2017 erkennbar.

Frau Saathoff legte eine Folie mit dem Gesamtergebnishaushalt (Anlage 1) und eine Folie mit einer Übersicht der Mittelanmeldungen 2014 (Anlage 2) auf und erläuterte diese. In der Anlage 2 seien die Haushaltsansätze (u.a. Erträge und Aufwendungen je Teilhaushalt, Personal- und Sachkosten) für das Haushaltsjahr 2013 sowie die Finanzplanansätze für das Haushaltsjahr 2014 gemäß Haushaltsplan 2013 sowie die aktuellen Haushaltsansätze 2014 aufgeführt. Größere Abweichungen gebe es in erster Linie bei den Allgemeinen Deckungsmitteln sowie im Schul- und Jugendamt und im Amt für Kreisstraßen.

Abgeordnete Griesel fragte nach, ob bei dem Strukturfonds für die kreisangehörigen Gemeinden und Städte auch Haushaltsmittel für die Folgejahre eingeplant worden seien.

Frau Saathoff teilte mit, dass bislang keine Mittel für die Folgejahre eingeplant worden seien. Der Fonds sei abhängig von der finanziellen Situation des Landkreises. Wenn die Haushaltslage es zulasse, sei die Einplanung weiterer Haushaltsmittel für den Strukturfonds möglich.

Abgeordnete Griesel erkundigte sich, ob eine Klagemöglichkeit gegen den Strukturfonds bestehe.

Landrat Weber erläuterte, dass Verhandlungen mit den Gemeinden geführt worden seien. Ziel müsse es sein, dass der Landkreis weiterhin in der Lage sei, den Schuldenabbau voranzutreiben. Der Fonds solle erst dann zum Tragen kommen, wenn der Landkreis seinen Haushalt ausgleichen und zwei Drittel des Überschusses für den Schuldenabbau verwenden könne. Mit dem restlichen Drittel des Überschusses könne der Fonds bedient werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung dürfe nicht aus den Augen verloren werden.

Abgeordneter Bontjer bat um Information, ob die Ausgestaltung des Strukturfonds mit den kreisangehörigen Gemeinden und Städten besprochen worden sei.

Landrat Weber antwortete, dass bei den Gesprächen zwei Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden sowie der Bürgermeister der Stadt Wiesmoor (alle Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes) anwesend gewesen seien.

Vorsitzender Thiele berichtete, dass die Bürgermeister die Verhandlungen für alle Gemeinden und Städte geführt hätten. Allerdings seien keine Mitglieder des Nds. Städtetages vertreten gewesen.

Abgeordneter Dirksen sprach sich dafür aus, mit der Einplanung von Haushaltsmitteln für die Folgejahre zunächst abzuwarten. Es müsse zunächst geschaut werden, wie der Haushalt des Landkreises in den nächsten Jahren aussehe.

Landrat Weber führte aus, dass sich der Strukturfonds an der Kreisumlage bemesse. Der Strukturfonds betrage 1,1 Kreisumlagepunkte von der Kreisumlage. Wenn die Erträge aus der Kreisumlage geringer werden würden und sich die Haushaltssituation in den nächsten Jahren verschlechtere, werde auch der Fonds niedriger ausfallen. Sollte beim Landkreis ein Schuldenabbau nicht möglich sein, werde es auch keinen Fonds geben.

Abgeordneter Agena konnte die Einrichtung eines Strukturfonds nicht nachvollziehen. Er vertrat die Meinung, dass ein Kaufmann in finanziell guten Zeiten beispielsweise seine Schulden zurückzahlen bzw. Rücklagen bilden würde.

Landrat Weber gab zu bedenken, dass in der Region bereits über eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes gesprochen werde. Im Landkreis Aurich sei die Situation wegen der unterschiedlichen finanziellen Ausgestaltung der einzelnen Gemeinden aber eine andere. Bei der Einrich-

tung des Fonds handele es sich um einen zusätzlichen Strukturausgleich. Er sprach sich für die Einrichtung eines Fonds aus.

Abgeordneter Agena erkundigte sich, ob es richtig sei, dass eine Absenkung der Kreisumlage nicht vom Nds. Innenministerium genehmigt werden würde.

Landrat Weber teilte mit, dass bislang in dieser Hinsicht noch kein Gespräch mit dem Nds. Innenministerium geführt worden sei. Grundlage für die Haushalts- und Finanzplanung der Erträge aus der Kreisumlage seien die Zahlen der Stadt Aurich. Hier sei zu bedenken, dass die tatsächlichen Zahlen in den letzten Jahren deutlich besser gewesen seien, als in der Haushaltsplanung ursprünglich angenommen worden sei.

Abgeordnete Griesel meinte, dass über die Sinnhaftigkeit des Fonds diskutiert werden sollte. Sinnvoll sei es gerade vor dem Hintergrund eines evtl. Großklinikums bzw. des Fortbestandes der UEK Rücklagen zu bilden. Sie fragte, ob die Neuberechnungen von der Verwaltung bzgl. des Schullastenausgleichs bereits im Haushaltsplan eingearbeitet worden seien. Außerdem war sie der Meinung, dass die vom Landkreis eingeplane zusätzliche 1 Mio. € für die Kindertagesstätten nicht ausreiche.

Landrat Weber erklärte, dass die gesamte Situation nur im Paket betrachtet werden könne. Wegen sinkender Schülerzahlen könne der Schullastenausgleich um 400.000 € gesenkt werden. Bleibe der Haushaltsansatz in seiner bisherigen Form bestehen, würden sich die Pro-Kopf-Beträge entsprechend erhöhen. Der Zuschuss an die Gemeinden für die Kindertagesstätten werde um 1 Mio. € auf dann 5,2 Mio. € erhöht und es werde ein Strukturfonds in Höhe von 3 Mio. € eingerichtet. An dieser Stelle sei für ihn die Diskussion mit den Städten und Gemeinden beendet. Wenn es Gesprächsbedarf seitens der Stadt Aurich gebe, dann seien auch Gespräche mit den anderen kreisangehörigen Gemeinden und Städten zu führen. Seiner Auffassung nach gestalte sich dieses aber nicht ganz einfach.

Abgeordneter Agena bat um Information, wie es sich mit den Städten Norderney, Norden und Wiesmoor verhalte.

Landrat Weber antwortete, dass die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden die Verhandlungen übernommen hätten. Mit der Stadt Aurich habe er selbst gesprochen.

Abgeordnete Griesel erkundigte sich, ob ein Konsens zwischen allen kreisangehörigen Gemeinden und Städten bestehe.

Landrat Weber erläuterte, dass der Kreistag für die Beschlussfassung über den Strukturfonds und ebenfalls den Schullastenausgleich zuständig sei. Lediglich die Vereinbarung über die Führung der Kindertagesstätten bedürfe einer Unterschrift der Gemeinden und Städte. Komme es hier nicht zu einer Vertragsunterzeichnung bleibe es bei den Kita-Zuschüssen in Höhe von 4,25 Mio. €.

Herr Kleen verteilte eine Liste mit der Berechnung des Strukturfonds und erläuterte diese Liste (Anlage 12). Bei den rot gekennzeichneten Fehlbedarfen handele es sich um Altfehlbeträge, die schwarze Null sage aus, dass kein Altfehlbetrag vorhanden sei. Bei vielen Kommunen würden wegen der Umstellung auf das NKR noch keine Jahresabschlüsse vorliegen. Bei den Gemeinden Baltrum, Hinte und Juist handele es sich um Bedarfszuweisungsgemeinden.

Der Strukturfonds stelle einen internen Finanzausgleich innerhalb des Landkreises Aurich dar. Der zu zahlende Ausgleichsbetrag setze sich zu einem Drittel aus den Fehlbeträgen und zu zwei Dritteln aus der Umlagekraft zusammen.

Die Umlagekraftmesszahl 2014 betrage z. B. für die Stadt Aurich 156.084.196 und für die Gemeinde Baltrum 609.229. Aurich habe somit die größte und Baltrum die geringste Umlagekraftmesszahl.

Die Umlagekraft pro Einwohner werde ins umgekehrte Verhältnis gesetzt. Die Gemeinde mit der höchsten Umlagekraftmesszahl erhalte am wenigsten und die Gemeinde mit der niedrigsten Umlagekraftmesszahl erhalte am meisten Haushaltsmittel aus dem Strukturfonds.

Landrat Weber meinte, dass es sich bei der Ermittlung des Strukturfonds auf der Grundlage des Finanzausgleichssystems und der Berechnung der Kreisumlage um einen guten Berechnungsweg handele.

Abgeordnete Griesel fragte, ob der Fonds an Bedingungen gesetzt werden solle. Die Gemeinde Großefehn würde nach dem Berechnungsbeispiel rd. 450.000 € erhalten. Fraglich sei, ob die Gemeinde im Gegenzug dazu gezwungen werde, ihre Schulden abzubauen.

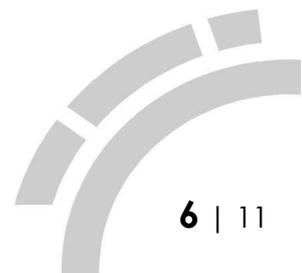
Landrat Weber führte aus, dass der Strukturfonds nicht dazu führen dürfe, dass die Gemeinden weitere Aufwendungen im konsumtiven Bereich tätigen. Hier sei eine Abstimmung über die Kommunalaufsicht geplant.

Herr Kleen teilte mit, dass der Strukturfonds ebenfalls nicht dazu führen dürfe, dass die Gemeinden keinen Antrag mehr auf Bedarfszuweisung stellen würden. Es dürfe nicht lukrativer sein, den Strukturfonds in Anspruch nehmen als eine Bedarfszuweisung zu erhalten. Seitens des Landkreises würde ebenfalls geprüft werden, ob Reserven im Jahresabschluss der Gemeinden eingebaut seien.

Abgeordneter Agena fragte nach, ob die Gemeinden, die hoch verschuldet seien, weiterhin eine Bedarfszuweisung erhalten würden.

Herr Kleen bejahte dieses. Damit die Bedarfszuweisungsgemeinden auch weiterhin einen Anspruch auf die Bedarfszuweisung hätten, würden diese bei der Berechnung des Fehlbetrages außen vor gelassen werden.

Herr Kleen verlässt die Sitzung um 15.35 Uhr.



Frau Saathoff legte eine Folie mit den Veränderungen der Erträge und Aufwendungen (Anlage 3) auf und erläuterte diese. Die Veränderung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sei in erster Linie in den erhöhten Erträgen der Kreisumlage begründet. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen würden insbesondere Haushaltsmittel für die bauliche Unterhaltung bei den Schulen beinhalten. Die Ausschreibung für die Demontage der Bohrplattform des Ranzelgats stehe noch aus. Evtl. müsse der Haushaltsansatz für die bauliche Unterhaltung um die Kosten für Ranzelgat gekürzt werden. Bei den Haushaltsansätzen für die Abschreibungen seien jetzt die Werte für die Vermögensgegenstände aus der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 eingeflossen und auch eine Hochrechnung für die durchgeführten Investitionsmaßnahmen in den Jahren 2010 bis einschließlich 2013 enthalten. Die Erhöhung sei außerdem darin begründet, dass die Abschreibungen für die aktivierten Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der kommunalen und touristischen Infrastruktur bislang nicht eingeplant gewesen seien. Bei den Transferaufwendungen seien der Verlustausgleich für die UEK und der Strukturfonds für die Gemeinden und Städte eingeplant. Der Schullastenausgleich sei in den sonstigen ordentlichen Aufwendungen enthalten.

Anschließend legte **Frau Saathoff** eine Folie mit den Veränderungen bei den Personalkosten der Teilhaushalte auf (Anlage 4). Die größten Veränderungen würden in den Teilhaushalten Schulen, Amt für Kinder, Jugend und Familie sowie im Amt für Gesundheitswesen bestehen. Im Jugendamt sei die Erhöhung in der Clearingstelle und bei der Einstellung von zusätzlichen Sozialarbeitern begründet. In den Personalkosten sei eine Tarifierhöhung in Höhe von 2 % eingeplant.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte nach, warum das Rechnungsergebnis im Haushaltsplan 2012 bei den Personalaufwendungen für Aktive 44.980.200,38 € betrage und es zu dieser Abweichung komme.

Frau Saathoff erläuterte, dass die Abweichung in den noch ausstehenden Buchungen für die Rückstellungen bestehe.

Anmerkung der Verwaltung:

In dem ausgewiesenen Rechnungsergebnis 2012 für die Personalaufwendungen sind die Rückstellungsbuchungen bereits enthalten (1.475.775,10 € für Versorgung gesondert ausgewiesen). Die Verbesserung gegenüber dem Haushaltsansatz 2012 (47.754.700 € für Gesamtpersonalaufwendungen) beruht überwiegend auf einer Personalkostenunterschreitung beim Jobcenter und bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, denen jedoch auch fehlende Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen (vgl. 3. Budgetbericht 2012).

Abgeordneter Agena bat um Information, ob die im Personalausschuss beschlossenen Beförderungen und Höhergruppierungen bereits in den Personalkosten enthalten seien.

Frau Saathoff berichtete, dass das Personalamt die Personalkosten entsprechend des Stellenplanes plane.

Landrat Weber teilte mit, dass die tatsächlichen Personalkosten in den letzten Jahren immer unter dem Haushaltsansatz gelegen hätten. Grund hierfür sei u.a., dass einige Stellen über mehrere Monate unbesetzt seien und somit weniger Personalkosten anfallen würden.

Frau Saathoff legte eine Folie mit den Ergebnissen der Teilhaushalte (Anlage 5) und den wesentlichen Veränderungen der Teilhaushalte (Anlage 6) auf und gab nähere Informationen zu diesen Folien. Im Teilhaushalt Schulen würden noch Erstattungen von Gemeinden für das MESEO-Projekt in Höhe von ca. 131.000 € fehlen. Die Gemeinden würden einen Teil der Kosten erstatten. Diese Erstattungen und auch die Veränderungen bei der baulichen Unterhaltung wg. der Demontage der Bohrplattform Ranzelgat würden in dem neuen Haushaltsentwurf eingearbeitet werden und zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt werden.

Abgeordnete Griesel wies darauf hin, dass die Maßnahmen im Schulbereich, die von der Verwaltung gemeldet worden seien, notwendig seien. Sie könne nicht nachvollziehen, warum kein Haushaltsansatz für die Demontage eingeplant werde.

Landrat Weber erläuterte, dass erst nach Bekanntwerden der Kosten ein Haushaltsansatz eingestellt werde.

Abgeordnete Griesel meinte, dass keine Reduzierung bei den Schulunterhaltungsmaßnahmen vorgenommen werden dürfe.

Frau Saathoff entgegnete, dass in den vom Fachamt gemeldeten Haushaltsansätzen teilweise Maßnahmen eingeplant seien, die nicht zwingend zur Substanzerhaltung der Gebäude erforderlich seien und aus diesem Grund noch Kürzungen möglich seien.

Abgeordneter Agena stimmte den Ausführungen von Abgeordneter Griesel zu. Er habe den Eindruck, dass es eine beliebige Vorgehensweise bei den Haushaltsansätzen für die bauliche Unterhaltung gebe. Anfangs werde seitens der Verwaltung immer gesagt, dass keine Kürzungen bei der baulichen Unterhaltung möglich seien. Jetzt werde darüber gesprochen, dass Kürzungen wg. der Demontage der Bohrplattform vorgenommen werden müssten und plötzlich sei eine Kürzung doch möglich. Diese Verfahrensweise ärgere ihn.

Landrat Weber erklärte, dass er mit dieser Verfahrensweise auch nicht glücklich ist. Er könne sich vorstellen, dass über mehrere Jahre immer ein gleichmäßiger Betrag in Form eines Budgets für die bauliche Unterhaltung zur Verfügung gestellt werde.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel konnte die Einrichtung eines Budgets nicht nachvollziehen. Es stelle sich für sie die Frage, warum der Haushaltsplan nicht rechtzeitig im Dezember beschlossen werde. Sie könne nicht verstehen, was so schlimm an der Erstellung eines Nachtragshaushaltsplanes sei.

Abgeordneter Bontjer erläuterte, dass ein Haushaltsplan mit verlässlichen Zahlen aufgestellt werden solle. Diese Verlässlichkeit sei bei einer Haushaltsberatung im September/Oktober nicht gegeben. Der Amtsleiter des Gebäudemanagements, Herr Akkermann, habe vor ca. sechs Wochen die Planungen für die einzelnen Maßnahmen vorgestellt. Die Abgeordneten seien mit diesen Planungen einverstanden gewesen.

Frau Saathoff führte aus, dass im Teilhaushalt des Gesundheitsamtes die Personalkosten um ca. 289.000 € steigen würden.

Landrat Weber informierte, dass er ein Gespräch mit der Verwaltungsleiterin des Gesundheitsamtes, Frau Kendzia, geführt habe. Für die Betreuung und die Erstellung von Gutachten seien zwei zusätzliche Mitarbeiter erforderlich. Dieses erkläre aber nicht die hohe Steigerung bei den Personalkosten. Die Angelegenheit werde bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses geklärt.

Abgeordneter Agena fragte, ob die von Herrn Bakenhus, Amtsleiter Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, im Wirtschaftsausschuss vorgestellte Optimierung der Schülerbeförderung im Haushaltsplan eingeplant sei. Hierfür sei die Einstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters geplant.

Frau Saathoff teilte mit, dass bereits im Finanzplan für 2014 die nun ausgewiesene Steigerung bei den Beförderungskosten enthalten gewesen sei.

Abgeordneter Agena zeigte sich verärgert darüber, dass die Optimierung der Schülerbeförderung nicht eingeplant sei.

Landrat Weber verwies auf die Verpflichtung des Landkreises zur Schülerbeförderung. Für die Verbesserung der Schülerbeförderung sei eine gewisse Vorlaufzeit erforderlich. Eine Umstellung sei nicht innerhalb eines Monats möglich.

Abgeordnete Kleinert machte deutlich, dass im Zeitalter der Inklusion alle Kinder befördert werden müssen. Die Erarbeitung eines Modells sei zeitaufwendig.

Abgeordneter Agena äußerte, dass er die Schülerbeförderung nicht in Frage stelle, sondern nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden solle. Besser wäre es, wenn ein Ziel gesetzt werden würde.

Abgeordneter Akkermann informierte, dass in der letzten Sitzung des Personalausschusses über den Stellenplan gesprochen worden sei. Es sei geplant, für die Optimierung der Schülerbeförderung einen zusätzlichen Mitarbeiter einzustellen. Evtl. müsse die Stelle zu Anfang weiter ausgestaltet werden.

Landrat Weber führte aus, dass sinkende Schülerzahlen nicht zwingend dazu führen, dass die Busunternehmen weniger Geld für die Schülerbeförderung erhalten würden. Es würden zurzeit Gespräche mit der VEJ geführt werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte nach, ob es sich bei der Stelle um eine Verwaltungs- oder Logistikstelle handele.

Abgeordneter Akkermann antwortete, dass die Verwaltung das Anforderungsprofil erstellen müsse.

Abgeordnete Seelgen teilte mit, dass das Personal für die Optimierung der Schülerbeförderung ihrer Auffassung nach Organisationstalent haben müsse.

Abgeordneter Dirksen gefiel das Niveau im Finanzausschuss nicht. Er machte deutlich, dass die Beratungen in den Fachausschüssen erfolgen und die Beschlüsse im Haushaltsplan eingearbeitet würden. Der Finanzausschuss müsse sich auf das Zahlenwerk konzentrieren und nicht die Beschlüsse der Fachausschüsse erneut diskutieren.

Frau Saathoff erläuterte die Veränderungen im Teilergebnishaushalt des Jugendamtes (Anlage 7). Bei dem Produkt 365-01 (Tageseinrichtungen für Kinder) seien die zusätzlichen 1 Mio. € für die Kita-Zuschüsse eingeplant.

Abgeordneter Agena bat um Erläuterung der Kita-Zuschüsse.

Landrat Weber informierte, dass nach dem Gesetz der Landkreis für die Führung der Kindertagesstätten zuständig sei. In einer Vereinbarung mit den kreisangehörigen Gemeinden und Städten sei festgelegt worden, dass diese Aufgabe den Gemeinden und Städten übertragen werde. Der Landkreis beteilige sich an den Kosten. Seinerzeit seien ein Drittel der Kosten von den Eltern, ein Drittel von der Gemeinde und ein Drittel vom Landkreis übernommen worden. In den letzten Vereinbarungen seien feste Beträge pro Platz vereinbart worden. Die letzte Vereinbarung sei am 31.12.2013 ausgelaufen. Das Drittel von den Eltern werde in der Regel ebenfalls nicht erreicht. Außerdem übernehme der Landkreis Elternbeiträge im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Zurzeit liege der Gemeindeanteil höher als ein Drittel.

Frau Saathoff führte zu den Veränderungen im Teilergebnishaushalt des Sozialamtes aus (Anlage 8). Die größten Veränderungen seien bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie der Leistung für Unterkunft und Heizung zu verzeichnen.

Frau Saathoff teilte mit, dass sie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Anlage 9) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Anlage 10) in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses näher erläutern werde.

Frau Saathoff lenkte die Aufmerksamkeit auf die Produktübersicht (Anlage 11). Die wesentlichen Produkte seien seinerzeit durch die Politik festgelegt worden. Den wesentlichen Produkten würden im Rahmen des Jahresabschlusses im Rechenschaftsbericht eine besondere Bedeutung beigemessen werden. In der Vergangenheit sei die Festlegung der wesentlichen Produkte mehrfach diskutiert worden. Im Gespräch sei

u.a. das Überdenken der wesentlichen Produkte gewesen. Eine aktuell durchgeführte Abfrage in den Ämtern habe ergeben, dass in den Fachausschüssen keine Beratung hinsichtlich der Veränderung der wesentlichen Produkte stattgefunden habe.

Abgeordneter Agena fragte nach, inwiefern die Festlegung der wesentlichen Produkte bei der politischen Arbeit helfe.

Frau Saathoff antwortete, dass laut gesetzlicher Vorgabe vorgesehen sei, nur die wesentlichen Produkte im Haushaltsplan darzustellen. Dieses werde aber von den meisten Verwaltungen nicht praktiziert. Im Rechenschaftsbericht seien die wesentlichen Produkte umfangreich zu erläutern. Die Produktsteuerung werde ihrer Auffassung nach noch etwas dauern.

Auch **Landrat Weber** konnte die vom Land geforderte Festlegung auf wesentliche Produkte nicht nachvollziehen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel gab zu bedenken, dass im Haushalt des Landkreises viele Produkte enthalten seien, auf die keine Einflussmöglichkeit bestehe. Sie fragte, wann der Besuch beim Nds. Innenministerium geplant sei und ob die Einrichtung des Strukturfonds schon mit dem Innenministerium abgestimmt worden sei. In den letzten Jahren seien nach dem Gespräch mit dem Innenministerium noch viele Änderungen im Haushaltsplan vorgenommen worden.

Landrat Weber teilte mit, dass er nicht davon ausgehe, dass noch große Änderungen vom Nds. Innenministerium eingefordert würden.

Frau Saathoff erläuterte, dass bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses eine Abstimmung des Haushaltsplanentwurfes mit dem Nds. Innenministerium erfolgen werde. Das Innenministerium nehme eine Betrachtung des Gesamthaushaltes vor und überprüfe, ob die Haushaltsplanung des Landkreises mit der Leistungsfähigkeit übereinstimme.

Weil der Empfehlungsbeschluss für den Haushalt geplant sei, bat sie darum, evtl. Anträge zum Haushaltsplan spätestens bis zum 04.03.2014 beim Landkreis einzureichen.

TOP 6 Anfragen

Die **GFA/FDP – Gruppe** hat eine Anfrage bzgl. des Standes der Verbindlichkeiten des Landkreises Aurich zum 31.12.2012 und 31.12.2013 eingereicht (Anlage 13). Darüber hinaus wurde um Angaben der Verschuldung der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften und um den Stand der vom Landkreis übernommenen Bürgschaften gebeten.

Frau Saathoff berichtete, dass der Schuldenstand des Landkreises Aurich am 31.12.2013 rund 113 Mio. € betrage. Der Stand der Kassenkredite zum 31.12.2013 betrage 55,5 Mio. € für den Kernhaushalt. Der Höchstbetrag für die Kassenkredite für das Haushaltsjahr 2013 betrage laut Haus-

haltssatzung 70 Mio. €. Der hohe Kassenkreditstand in 2013 hänge u.a. mit der Ausführung des Nachtragshaushaltsplanes 2012 und der Zahlung des Verlustausleiches an die UEK zusammen. Außerdem hätten größere Summen für das Jobcenter aus dem Haushaltsjahr 2012 im Haushaltsjahr 2013 zurückgezahlt werden müssen.

In dem Stand der Kassenkredite seien 2,2 Mio. € von und 8,4 Mio. € an die verbundenen Unternehmen des Landkreises enthalten.

Der Schuldenstand bei der UEK Vermögensverwaltung betrage zum Ende des Haushaltsjahres 2013 ca. 25 Mio. € und bei der Abfallwirtschaft ebenfalls ca. 25 Mio. €.

Eine aktuelle Übersicht werde noch vorgelegt.

Abgeordnete Griesel fragte nach, ob es eine Liquiditätsplanung über die Entwicklung der Kassenkredite bis zum Haushaltsjahr 2017 gebe.

Frau Saathoff informierte, dass der Überschuss in der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt in der Finanzplanung höher ausfalle.

Landrat Weber erläuterte, dass einige Banken für die Darlehen der Einrichtungen eine modifizierte Ausfallbürgschaft des Landkreises verlangen würden. In dieser Angelegenheit würden zurzeit Gespräche mit dem Nds. Innenministerium geführt.

Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2013 betrage laut **Frau Saathoff** ca. 20 Mio. €.

TOP 7 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.54 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin



